

27.09.12 | Nach Messerattacke

Polizei fordert Schulungen für Jobcentermitarbeiter

Nach der Attacke in Neuss ist eine Diskussion um mehr Sicherheit für Mitarbeiter in Behörden angelaufen. Die Polizeigewerkschaft fordert Alarmknöpfe, ein Beamtenbund will mehr Hilfe von der Politik.

Nach der tödlichen Messerattacke auf eine Arbeitsvermittlerin in Neuss will die Gewerkschaft der Polizei Deeskalationstrainings für Mitarbeiter von Jobcentern anbieten. Der Gewerkschaftsvorsitzende Bernhard Witthaut wies in einem dapd-Interview darüber hinaus auf eine zunehmend aggressive Stimmung in den Jobcentern hin. "Wir werden immer wieder zu polizeilichen Einsätzen gerufen, weil Mitarbeiter bedroht werden."

Witthaut betonte, bessere Technik in den Ämtern könnte die Sicherheit erhöhen. "Auch Alarmknöpfe oder Kameraüberwachung sind Maßnahmen, über die man nachdenken muss", sagte der Polizeikommissar. Zudem riet er Mitarbeitern, nie mit Kunden unter vier Augen zu sein: "Man sollte als Mitarbeiter nie allein im Zimmer sitzen, immer zu zweit oder zu dritt oder in einem Großraumbüro, wenn das aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes geht."

Barrieren zwischen Mitarbeitern und Kunden

Der Beamtenbund Jugend (DBBJ) klagt über die mangelnde politische Unterstützung bei der Vermeidung von Gefahrensituationen in Jobcentern und anderen Behörden. "Die Politik lässt die Beschäftigten der staatlichen Institutionen alleine und das, obwohl die Wut und die Gewaltbereitschaft ihnen gegenüber immer größer wird", sagte der Vorsitzende des DBBJ Nordrhein-Westfalen, Markus Schallenberg.

Deeskalationsseminare würden nur bedingt helfen, wie der furchtbare Fall in Neuss einmal mehr gezeigt habe. Der DBBJ fordert die Errichtung von Barrieren zwischen Mitarbeitern und Kunden sowie Fluchtwegen in Ämtern. Weiterhin verlangt der Beamtenbund den Einsatz von qualifiziertem Sicherheitspersonal in "sensiblen" Verwaltungsbereichen.

Neue Erkenntnisse am Donnerstag erwartet

Der Messerangriff auf eine 52-jährige Arbeitsvermittlerin in einem Jobcenter in Neuss am Mittwoch hatte eine Debatte über eine zunehmende Verrohung des Umgangs in Jobcentern sowie die Sicherheitssituation der Mitarbeiter ausgelöst. Ein 32-Jähriger soll die Tat begangen haben.

Staatsanwältin Britta Zur und der Leiter der Mordkommission, Kriminalhauptkommissar Guido Adler, sollen am Donnerstag in Neuss Stellung nehmen und über neue Erkenntnisse berichten.

dapd/bar